



Jugend beteiligen

Jugendbeteiligung muss in Baden-Württemberg weiter ausgebaut werden.

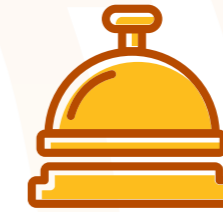
Die Änderung des § 41 a der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg 2015 war dazu ein wichtiger Schritt, dem aber viele weitere folgen müssen. Aus unserer Sicht müssen vor allem die Senkung des Wahlalters sowie der Aufbau von wirksamen Jugendbeteiligungsstrukturen eine hohe Priorität für die neue Landesregierung haben.



Jugend ernst nehmen

Es braucht Vertrauen in jugendliche Selbstorganisation und stetige Weiterentwicklung geeigneter Rahmenbedingungen.

Moderne Demokratien leben davon, dass Bürger*innen sich für das Gemeinwohl engagieren und so eine lebendige Gesellschaft entstehen lassen. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet Freiräume, in denen sich junge Menschen engagieren wollen und können – hier lernen sie, wie Verantwortung übernommen und gestaltet werden kann.



Jugend unterstützen

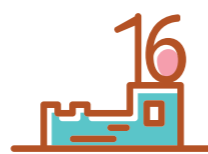
Die Organisationen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit müssen bedarfsgerecht gefördert werden.

Die Lebensphase Jugend bringt einen ständigen Wechsel von Personen in der Jugendarbeit mit sich. Daher sind stabile und auskömmlich geförderte Strukturen der Jugendarbeit zentral.



JUNGE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Der umfassende Ausbau der Jugendbeteiligung dient der Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kultur in Baden-Württemberg. Wirksame Jugendbeteiligung und damit die Erfahrung junger Menschen, ernstgenommen und gehört zu werden, beugt Extremismus und gesellschaftlicher Spaltung wirksam vor.



WAHLALTER AUF ALLEN EBENEN SENKEN

In der repräsentativen Demokratie ist die zentrale Form politischer Beteiligung die Wahl. Wir sind uns sicher: Wahlen dürfen nicht mit einer willkürlichen Altersgrenze einhergehen. Im nächsten Schritt muss deshalb das aktive und passive Wahlrecht bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 gesenkt werden. Dieser Schritt wird mit einem entsprechenden Ausbau politischer Bildung begleitet.



FREIRÄUME FÜR EHRENAMT SCHAFFEN

Freiwilliges Engagement braucht Zeit: die

Freistellungsmöglichkeiten von Unterricht und Ausbildung für freiwilliges Engagement muss verbessert werden – denn sie sind Teil der gesellschaftlichen Allgemeinbildung. Es braucht einen verbindlichen Rahmen zur Vereinbarkeit von Engagement und Studium.



JUGENDBETEILIGUNG VERBESSERN

Unabhängig von der Teilnahme an Wahlen müssen

Partizipationsformate auf Landesebene für junge Menschen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Das Land muss dafür geeignete Rahmenbedingungen schaffen – durch Personal, Räume und Finanzmittel einerseits, einen verbindlichen Leitfaden zur starken Jugendbeteiligung auf kommunaler und Landesebene andererseits.



ANERKENNUNG VON EHRENAMT

Die Anerkennung gesellschaftlichen Engagements durch formale Würdigung in Zeugnissen oder durch Credit Points wirkt symbolisch und bringt für jungen Menschen einen persönlichen Mehrwert. Engagement in der Jugendarbeit muss als Sozialpraktikum anerkannt werden, Juleica-Schulungen als Seminare zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen.



JUGENDARBEIT FÖRDERN

Die Strukturen der Jugendarbeit sind die Basis, damit immer neue Jugendgenerationen sich als Individuen und soziale Gruppe entwickeln können und Selbstwirksamkeit erleben. Jugendverbände und -ringe sind eine wichtige soziale Infrastruktur, die dauerhaft vorzuhalten ist und gefördert werden muss.



JUGENDRINGE STÄRKEN

Zu den Standards eines guten Gemeinwesens gehört eine verlässliche, ausreichende Förderung der Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen. Das Land sorgt dafür, dass die Kommunen verlässlich und flächendeckend ihre gesetzliche Förderverpflichtung nach SGB VIII umsetzen.



BESSEREN RAHMEN SCHAFFEN

Das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes muss bekannter gemacht werden. Es braucht eine Regelung zur Lohnfortzahlung. Azubis sind Arbeitnehmer*innen gleichzustellen. Auch das Bildungszeitgesetz muss dahingehend weiterentwickelt werden, dass es die Qualifizierung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit unterstützt, statt Hürden aufzubauen.